



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

44/2015 30.10.2015

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu: 5., aktualisierte Auflage



Barbara Leitl-Staudinger

Einführung ins öffentliche Recht

Das Studienbuch „Einführung ins öffentliche Recht“ stellt das österreichische Verfassungs- und Verwaltungsrecht in seinen Grundzügen und unter Bedachtnahme auf die unionsrechtlichen Zusammenhänge dar.

28 Euro, 5. Auflage, XVII und 224 Seiten, Harteinband, gebunden, Stand 1. August 2015, ISBN 978-3-902883-25-4

I. Bundesgesetzblatt

BGBI I 124/2015

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung einer Wortfolge in § 62a Abs 1 Z 4 des **Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953** durch den Verfassungsgerichtshof

BGBI I 125/2015

Bundesgesetz betreffend **Ermächtigung zur Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen sowie Anhebungsverzicht** (Veräußerung und Belastung von unbeweglichem Bundesvermögen sowie Mietzinsanhebungsverzicht)

BGBI II 320/2015

Kundmachung des Bundesministers für Finanzen über die Aufhebung der Verordnung betreffend Art 19 Abs 1 des **österreichisch-liechtensteinischen Doppelbesteuerungsabkommens** durch den Verfassungsgerichtshof

BGBI II 321/2015

Verordnung der Bundesregierung über die Zusammenlegung von Bezirksgerichten und über die Sprengel der verbleibenden Bezirksgerichte im Bundesland Salzburg (**Bezirksgerichte-Verordnung Salzburg 2015**)

II. Amtsblatt der EU

Keine relevanten Rechtsakte im Berichtszeitraum.

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

22.09.2015, [G 341/2015](#); [G 396/2015](#)

StrafprozessO; Zurückweisung eines **Parteienantrags** auf Aufhebung von Bestimmungen der StrafprozessO betr die **Ausschließung von Richtern**; Entscheidung über die Ablehnung eines Richters **keine in erster Instanz entschiedene Rechtssache**; Unzulässigkeit auch des Individualantrags mangels Legitimation des Antragstellers

01.10.2015, [G 206/2015](#)

MietrechtsG; Anlassfall zu VfGH 01.10.2015, [G 346/2015](#)

07.10.2015, [G 315/2015 ua](#)

BundesG über Sanierungsmaßnahmen für die HYPO ALPE ADRIA BANK INTERNATIONAL AG; FinanzmarktaufsichtsbehördenG; Sanierungs- und AbwicklungsG; Unzulässigkeit eines Gerichtsantrags auf Aufhebung der gesetzlichen Anordnung der Anwendbarkeit des Abwicklungsregimes des 4. Teiles des BaSAG auf die HETA Asset Resolution AG als zu eng gefasst; Zurückweisung auch der weiteren Anträge

08.10.2015, [UA 3/2015](#)

B-VG; Hypo-Untersuchungsausschuss; keine Verletzung von **Persönlichkeitsrechten** infolge der **Befragung einer Staatskommissärin** durch den Hypo-Untersuchungsausschuss; die Äußerungen stellen keinen Wertungsexzess dar; keine Behauptung unwahrer Tatsachen; kein Vorwurf einer Lüge; keine Herabsetzung oder Verächtlichmachung der Bf

08.10.2015, [UA 8/2015](#)

B-VG; Hypo-Untersuchungsausschuss; Zurückweisung der Beschwerde gegen den Ausschluss der vom Bf herangezogenen **Vertrauensperson** in einer Sitzung des Hypo-Untersuchungsausschusses mangels Geltendmachung der **Verletzung von (konkreten) Persönlichkeitsrechten**

08.10.2015, [G 20/2015 ua](#)

GentechnikG; VersicherungsvertragsG; Verfassungswidrigkeit der Wortfolgen „und Versicherern“ und „oder Versicherungsnehmern oder Versicherungswerbern“ in § 67 GentechnikG, sowie des letzten Satzes in § 11a Abs 1 VersicherungsvertragsG; gänzlich Verbot für die **Verwendung gentechnischer Analysen durch private Versicherer** sachlich nicht gerechtfertigt

08.10.2015, [G 154/2015 ua](#)

StGB; Abweisung von **Parteienanträgen** auf Aufhebung der Bestimmungen des Strafgesetzbuch über den **schuldunabhängigen Verfall nach dem Bruttoprinzip**; Verfall weder als Strafe noch strafähnliche Maßnahme konzipiert; primär Präventionszielen dienende vermögensrechtliche Maßnahme nicht unsachlich

08.10.2015, [G 264/2015](#)

DatenschutzG; Aufhebung des § 28 Abs 2 DatenschutzG als verfassungswidrig; dass **Widerspruchrecht zur Datenverwendung ohne Angabe von Gründen** stellt einen Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung gemäß Art 10 EMRK dar

09.10.2015, [G 152/2015](#)

ABGB; EMRK; kein Verstoß von § 177 Abs 4 erster Satz, § 179 Abs 2 und § 180 Abs 2 letzter Satz ABGB gegen Art 8 EMRK und Art 1 BVG über die Rechte von Kindern; **Zulässigkeit einer „Doppelresidenz“**, wenn dies für das Kindeswohl am besten ist

12.10.2015, [G 199/2015](#); [G 202/2015](#); [G 273/2015](#); [G 366/2015 ua](#); [G 390/2015 ua](#)

ZivilprozessO; StGB; Abweisung eines Verfahrenshilfeantrags zur Einbringung eines **Parteiantrags** auf Aufhebung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und der ZivilprozessO als aussichtslos; **Beschluss des Gerichts keine entschiedene Rechtssache**

12.10.2015, [G 379/2015](#)

AußerstreitG; Abweisung eines Verfahrenshilfeantrags zur Einbringung eines **Parteiantrags** zur Aufhebung von Bestimmungen des AußerstreitG als aussichtslos mangels Vorliegens einer entschiedenen Rechtssache

B. Verwaltungsgerichtshof

24.09.2015, [2012/07/0083](#)

WasserrechtsG; befristete wasserrechtliche Bewilligung zur Einleitung von Produktionsabwässern, Kühlwässern und mineralölkontaminierte Oberflächenwässern in den Ossiacher Seebach; keine ausreichende Begründung, warum das Einhalten von nach **§ 33b Abs 3 WasserrechtsG** verordneten Emissionswerten mit wirtschaftlich zumutbarem Aufwand technisch nicht möglich ist; eine Bewilligungsdauer von zehn Jahren ist keine „**kurze Befristung**“ iSd par cit

24.09.2015, [2013/07/0091](#)

AltlastensanierungsG; bescheidmäßige Feststellung der **Abfallkategorie** für auf einer Deponie **abgelagerten Kalkabraum sowie Kalkstein**; der Begriff „**mineralische Baurestmassen**“ umfasst nicht den im Zuge der Zuckergewinnung in Folge eines chemischen Vorgangs entstehenden Kalkabraum bzw Kalkstein; mangelnde Auseinandersetzung der Behörde mit den übrigen Voraussetzungen für die Zuordnung zur Beitragskategorie

24.09.2015, [2013/07/0098](#)

AltlastensanierungsG; bescheidmäßige Feststellung, dass die ggst für Geländeanpassungen (Straßenunterbau) verwendeten **Recyclingmaterialien** Abfälle darstellen; die **Beitragsfreiheit** gem § 3 Abs 1 Z 6 AltlastensanierungsG setzt eine bereits im Zeitpunkt der Verwendung durchgeführten **Qualitätssicherung** voraus, die nicht durch nachträgliche Untersuchungen und Analysen ersetzt werden können

24.09.2015, [2013/07/0113](#)

AltlastensanierungsG; bescheidmäßige Feststellung, dass die ggst zur Errichtung einer Zufahrtsstraße **recycelten Baurestmassen** nicht dem **Altlastenbeitrag** unterliegen und das Aufbringen dieser Baurestmassen keine beitragspflichtige Tätigkeit iSd AltlastensanierungsG darstellt; mangelnde Feststellungen der Behörde zur Frage, ob bereits im Zeitpunkt der Verwendung des Recyclingmaterials ein für die Ausnahme von mineralischen Baurestmassen von der Beitragspflicht notwendiges **Qualitätssicherungssystem** bestand

24.09.2015, [2013/07/0129](#)

AltlastensanierungsG; bescheidmäßige Feststellung, dass die in den Abfallverbrennungsanlagen der Bf behandelten Abfälle dem Altlastenbeitrag unterliegen und die in den Abfällen enthaltenen Metalle und Metallanteile, die in der Folge aus den **Verbrennungsrückständen** zum Zweck der stofflichen Verwertung (Recycling) zurückgewonnen würden, nicht bei der Ermittlung des **Altlastenbeitrags** herausgerechnet werden dürften; § 3 Abs 1 Z 2 AltlastensanierungsG erfasst den Abfall, der am Beginn des Behandlungsvorganges steht und in eine Verbrennungs- oder Mitverbrennungsanlage eingebracht wird, nicht jedoch das Ergebnis des Verbrennungsprozesses

24.09.2015, [Ro 2015/07/0010](#)

AltlastensanierungsG; Antrag auf Feststellung, dass das ggst **Abfallgemisch mit hohem biogenen Anteil** von der Beitragspflicht ausgenommen ist; der Abfall ist einzig derjenigen Schlüsselnummer zuzuordnen, die ihn am besten umschreibt; es ist die konkretest mögliche Bezeichnung zu wählen; auf die Frage der theoretischen **Trennbarkeit in einzelne Bestandteile** kommt es dabei nicht an, weshalb biogene Abfallbestandteile nicht herauszurechnen sind

29.09.2015, [2013/05/0114](#)

BauO für Wien; Auftrag zum Abbruch eines **konsenslos errichteten Kleingartenhauses**; die Bf tritt den Ausführungen des Amts-SV, dass das tatsächlich errichtete Kleingartenwohnhaus in seinen Außenmaßen und damit auch in seiner Situierung von der erteilten Baubewilligung abweicht, weshalb es ein „aliud“ sei, nicht auf gleicher fachlicher Ebene entgegen; **keine Trennbarkeit der konsenslosen Teile** von der übrigen Baulichkeit

29.09.2015, [2013/05/0171](#)

BauO für Wien; Antrag auf Baubewilligung für die Errichtung von sechs Doppelhäusern mit einer Tiefgarage; div Einwendungen der Nachbarn; bei der Anordnung im Bebauungsplan, an den zu den Baulinien orientierten Schauseiten der Gebäude dürfen **keine Staffelgeschoße errichtet** werden, handelt es sich um eine **Festlegung aus Gründen des Stadtbildes** bzw aus schönheitlichen Rücksichten; Nachbarn kommt diesbezüglich kein Mitspracherecht zu

30.09.2015, [2012/10/0047](#)

UniversitätsG; Ausschreibung zur **Bestellung einer Rektorin bzw eines Rektors** der Medizinischen Universität Innsbruck; es begegnet keinen Bedenken, wenn die belangte Behörde – ausgehend von Feststellungen, die aus einem mangelfreien Ermittlungsverfahren und aus einer den Prüfkriterien des VwGH entsprechenden Beweiswürdigung resultieren – zum Ergebnis gelangt ist, dass eine **Diskriminierung der Bewerberin aufgrund ihres Geschlechtes** nicht festgestellt werden kann

30.09.2015, [2013/06/0198](#)

Tir BauO; Antrag auf Erteilung einer Baubewilligung für die Errichtung einer Wohnanlage mit sieben Wohneinheiten; div **Einwendungen der Nachbarn**; bei der Bestimmung des obersten Punkts von Gebäuden und sonstigen baulichen Anlagen bleiben untergeordnete Bauteile außer Betracht

30.09.2015, [2013/06/0238](#)

Vbg RaumplanungsG; Auftrag zum **Abbruch eines vom Konsens abweichenden landwirtschaftlichen Anwesens**; der nachträglich gestellte Bauantrag betrifft ein Objekt, das jedenfalls in seiner Höhe erheblich von dem errichteten Objekt abweicht; zudem liegen Divergenzen bei den Abständen zu den Nachbargrundstücken vor; die tatsächlichen Verwendung entspricht nicht der laut dem Bewilligungsantrag beabsichtigten Verwendung

30.09.2015, [Ra 2014/06/0026](#)

Vbg RaumplanungsG; Verhängung einer Geldstrafe wegen Nutzung der ggst Wohnung als **Ferienwohnung**; von einem anderen Wohnsitz als von einem Freizeitwohnsitz kann nicht gesprochen werden, wenn kein deutliches Übergewicht hinsichtlich der **beruflichen und familiären Lebensbeziehungen** feststellbar ist, auch wenn in der Wohnung gelegentlich den Beruf betreffende Tätigkeiten ausgeübt werden

30.09.2015, [Ro 2014/06/0037](#)

Stmk BauG; Vorschreibung **nachträglicher Auflagen für eine landwirtschaftliche Betriebsanlage**; sind die Interessen nach § 114 Abs 2 Stmk BauG bereits ausreichend geschützt, sei es allein durch den ursprünglichen Bewilligungsbescheid oder einen anderen diese Bewilligung abändernden rechtskräftigen Bescheid, können keine zusätzlichen Auflagen gem § 29 Abs 6 leg cit vorgeschrieben werden

30.09.2015, [Ra 2015/06/0007](#)

Tir BauO; ggst wurde der Baubehörde ein **Tekturplan** „Tektur betreffend die Änderung gegenüber dem Baubescheid“ übermittelt; die Planunterlage liegt schriftlich vor und trägt die Unterschrift des Revisionswerbers; aus dem Hinweis auf die

Änderung des genehmigten Bauvorhabens und im Hinblick auf den zuvor erteilten Mängelbehebungsauftrag besteht kein Zweifel an der Absicht des Revisionswerbers, anhand der eingebrachten Unterlagen eine Baubewilligung für die nicht bescheidkonform errichtete Anlage zu erwirken, weshalb der mangelhafte **Antrag nicht als rechtliches Nullum beurteilt** werden kann

30.09.2015, [Ra 2015/06/0049](#)

VwGVG; kassatorische **Entscheidung eines LVwG**; da ggst bis auf die Frage der Einleitung von Oberflächenwässern auf das Baugrundstück der für die Entscheidung maßgebliche Sachverhalt im verwaltungsbehördlichen Verfahren geklärt wurde und keinerlei Anhaltspunkte für die Annahme vorliegen, die Behörde habe die Entscheidung in diesem Punkt an das VwG delegieren wollen, hätte das LVwG **meritorisch** entscheiden müssen

C. Verwaltungsgerichte

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

29.10.2015, [Rs C-78/14 P, Kommission / ANKO](#)

Rechtsmittel – Schiedsklausel – Siebtes Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (2007–2013) – Verträge **über Finanzhilfen der Europäischen Union** an die Projekte Perform und Oasis – Bei der Prüfung anderer Projekte festgestellte **Unregelmäßigkeiten** – Entscheidung der Kommission, die Erstattung der von der Empfängerin verauslagten Beträge auszusetzen – Erstattungsfähige Kosten – **Verfälschung des Akteninhalts**

29.10.2015, [Rs C-174/14, Soudaço](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 13 Abs 1 – Behandlung als **Nichtsteuerpflichtige** – Begriff **„Einrichtung des öffentlichen Rechts“** – Aktiengesellschaft, die mit der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich der **Planung und Verwaltung des Gesundheitssystems** der Autonomen Region Azoren beauftragt ist – Bestimmung der Einzelheiten dieser **Dienstleistungen** einschließlich ihrer Vergütung in Programm-Verträgen zwischen der Gesellschaft und der Region

29.10.2015, [Rs C-319/14, B&S Global Transit Center](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Zollkodex der Gemeinschaften** – Verordnung (EWG) Nr 2913/92 – Art 203 und 204 – **Externes gemeinschaftliches Versandverfahren** – Verordnung (EWG) Nr 2454/93 – Art 365, 366 und 859 – Entstehung der Zollschuld – Entziehung aus der **zollamtlichen Überwachung** – Nichterfüllung einer Verpflichtung – Unterlassene Beendigung des Versandverfahrens – Verbringen der Waren aus dem Zollgebiet der Europäischen Union

29.10.2015, [Rs C-490/14, Verlag Esterbauer](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtlicher **Schutz von Datenbanken** – Richtlinie 96/9/EG – Art 1 Abs 2 – Geltungsbereich – Datenbanken – **Topografische Landkarten** – Unabhängigkeit der Elemente, aus denen eine Datenbank besteht – Möglichkeit, diese Elemente voneinander zu trennen, ohne den **Wert ihres informativen Inhalts** zu beeinträchtigen – Berücksichtigung der **Zweckbestimmung** einer topografischen Landkarte für den Nutzer

29.10.2015, [Rs C-583/14, Nagy](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Diskriminierungsverbot – Art 18 AEUV – Unionsbürgerschaft – Art 20 AEUV – Freizügigkeit – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – **Straßenverkehr** – Fahrzeugführer mit Wohnsitz im betreffenden Mitgliedstaat – Verpflichtung, bei einer **Polizeikontrolle** an Ort und Stelle den **Nachweis der ordnungsgemäßen Nutzung** von in einem anderen Staat zugelassenen Fahrzeugen zu erbringen

B. Schlussanträge

[28.10.2015, Rs C-263/14, Parlament / Rat \(GA Kokott\)](#)

Nichtigkeitsklage – Beschluss 2014/198/GASP des Rates – **Operation ATALANTA** – Abkommen zwischen der Europäischen Union und der **Vereinigten Republik Tansania** – Überstellung **mutmaßlicher Seeräuber** und Übergabe beschlagnahmter Güter durch die EU-geführte Seestreitkraft an Tansania – Wahl der richtigen Rechtsgrundlage – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP, Art 37 EUV) – **Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen** und polizeiliche Zusammenarbeit (Art 82 AEUV und 87 AEUV) – **Mitspracherechte des Europäischen Parlaments** bei ‚internationalen Übereinkünften, die ausschließlich die GASP betreffen‘ (Art 218 Abs 6 AEUV) – Unverzögliche und umfassende **Unterrichtung des Parlaments** (Art 218 Abs 10 AEUV) – Aufrechterhaltung der Wirkungen des Beschlusses

C. Gericht

[23.10.2015, Rs T-552/13, Oil Turbo Compressor / Rat](#)

Nichtigkeitsklage – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen gegen Iran** zur Verhinderung der nuklearen Proliferation – **Einfrieren von Geldern** – Klagefrist – Verspätung – **Unzulässigkeit** – Antrag auf Schadensersatz – Unzulässigkeit

[23.10.2015, Rs T-636/13, Trekstor / OHMI - MSI Technology \(MovieStation\)](#)

Gemeinschaftsmarke – Nichtigkeitsverfahren – **Gemeinschaftswortmarke** MovieStation – Absolute Eintragungshindernisse – **Fehlende Unterscheidungskraft** – **Beschreibender Charakter** – Art 7 Abs 1 Buchst b und c der Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 52 der Verordnung Nr 207/2009

[26.10.2015, Rs T-290/14, Portnov / Rat](#)

Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in der Ukraine – **Einfrieren von Geldern** – Liste der Personen, Organisationen und Einrichtungen, deren Gelder und wirtschaftliche Ressourcen eingefroren werden – Aufnahme des Namens des Klägers – **Nachweis der sachlichen Richtigkeit** der Aufnahme in die Liste

[28.10.2015, Rs T-253/12, Hammar Nordic Plugg / Kommission](#) (Auszüge aus dem Urteil)

Staatliche Beihilfen – Verkauf und Vermietung von Grundstücken und einer Fertigungsanlage – Beschluss, mit dem eine **Beihilfe** für mit dem Binnenmarkt **unvereinbar** erklärt und ihre **Rückforderung** angeordnet wird – Unterbleiben eines Ausschreibungsverfahrens – **Bestimmung des Marktpreises** – Kriterium des privaten Kapitalgebers – Beeinträchtigung des Handels zwischen Mitgliedstaaten

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

27.10.2015, Beschwerde Nr. [62498/11](#), *R. E. / Großbritannien*

Verletzung von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, der Wohnung und Korrespondenz); gesetzliche Bestimmungen bezüglich der **verdeckten Überwachung von Gesprächen** zwischen **Inhaftierten** und ihrem **Rechtsbeistand** zum Zeitpunkt der Inhaftierung des Bf konventionswidrig, da keine hinreichenden Rechtsmittel zur Verfügung standen; aus Gesprächen zwischen besonders schutzbedürftigen Inhaftierten und **erwachsenen Vertrauenspersonen** resultiert nicht derselbe Anspruch auf Achtung der Privatsphäre wie aus Gesprächen mit einem Rechtsbeistand

29.10.2015, Beschwerde Nr. [44095/14](#), *A. L. (X. W.) / Russland*

Verletzung von **Art 2** (Recht auf Leben) und **Art 3 EMRK** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung); im Fall der zwangsweisen Vollstreckung der **Ausweisung** des Bf an seinen Heimatstaat China wäre er der **Gefahr** ausgesetzt, dass dort die **Todesstrafe** über ihn verhängt wird; aus der Konvention ableitbare Verpflichtung, den Bf keiner solchen Gefahr auszusetzen

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Assoz. Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.